



Vertane Chance BILDUNGSREFORM

*Das Machtkartell zwischen Bundesländern, ÖVP, SPÖ und
Lehrergewerkschaft hat eine echte Reform verhindert.*

DER AUTOR

Verfassungs- und Verwaltungsjurist **Heinz Mayer** ist emeritierter Professor an der Universität Wien und war dort von 2006 bis 2014 Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Seit März 2007 ist Mayer Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, seit September 2013 Honorarprofessor der Nanjing Audit University und seit Oktober 2014 Of Counsel bei der Anwaltskanzlei **Lansky, Ganzger + Partner**. Neben all den genannten Tätigkeiten ist Mayer als Autor und Herausgeber zahlreicher wissenschaftlicher Schriften und Fachbücher aktiv.

Die angekündigte große Bildungsreform ist krachend gescheitert. Am 17. November 2015 wurde ein Konzept präsentiert; was darin als „Bildungsreform“ verkauft werden soll, sorgt dafür, dass das Machtkartell zwischen Bundesländern, ÖVP, SPÖ und Lehrergewerkschaft möglichst wenige Einbußen erfährt und – im Gegenteil – in einigen Punkten sogar noch ausgebaut wird. Ein erfolgreiches Bildungssystem ist nicht vorgesehen, Kleingeist und Provinzialismus triumphieren. Die Bildungsministerin hat im Juni 2014 eine Expertengruppe eingesetzt, die Vorarbeiten für die politischen Entscheidungsträger einer Bildungsreform leisten sollten. Die acht Damen und Herren haben ihre Vorschläge im März 2015 vorgelegt („Freiraum für Österreichs Schulen“). Die Verhandler konnten sich also auf ausgereifte Expertenvorschläge stützen. Im Mittelpunkt der von der Expertengruppe erstellten Vorschläge steht die Schulautonomie. Gestützt auf internationale Vergleiche zeigt die Expertengruppe, dass ein wesentliches Erfolgselement erfolgreicher Schulsysteme die Schulautonomie ist. Diese Schulautonomie muss sich auf Personal, Mittelverwendung, pädagogische Schwerpunkte und schulische Organisation beziehen. Österreichs Schulen genießen im internationalen Vergleich eine relativ geringe Autonomie. Das Expertenpapier „Freiraum“ führt aus, dass es kein Land

gibt, das mit niedriger Schulautonomie ein besonders erfolgreiches Bildungssystem hat. Dass Autonomie stets mit Verantwortung gekoppelt sein muss, wird ebenfalls nachdrücklich betont. Den Schulen müssen klare Zielvorgaben gegeben werden, die Schulleitung muss für deren Erreichung die Verantwortung übernehmen und im Fall der Nichterreichung auch die Möglichkeit haben, Konsequenzen zu ziehen.

EXTERNE KONTROLLE NOTWENDIG

Neben der Eigenverantwortung autonomer Schulen muss eine externe Qualitätskontrolle stattfinden. Dazu sind Bildungsstandards festzusetzen, an denen die Leistungen der Schulen zu messen sind. Gefordert wird auch, dass der Arbeitsplatz der Lehrer in der Schule zu sein hat. Dazu wird eine ausreichende Ausstattung der Schule mit Lehrerarbeitsplätzen gefordert. Die Experten betonen schließlich auch, dass eine Effizienzsteigerung nur möglich ist, wenn alle Maßnahmen umgesetzt werden, Stückwerk sei nicht sinnvoll. Zusammengefasst wird im Expertenpapier „Freiraum“ also ein Schulsystem gefordert, das durch eine hohe Schulautonomie gekoppelt mit einer strikten Verantwortungsstruktur gekennzeichnet ist. Gestützt auf internationale Erfahrungen wird auch dargelegt, dass nur Bildungssysteme, die nach diesen Grundsätzen gestaltet sind, Spitzenleistungen erbringen.

Misst man die Reformvorschläge, die die politisch Verantwortlichen nunmehr unter dem Titel „Bildungsreform“ der Öffentlichkeit präsentiert haben, so zeigt sich, dass von einer „Reform“ nicht die Rede sein kann. Man ist fest entschlossen, den bisherigen Weg fortzusetzen und alles zu vermeiden, was die derzeiti-

„Ein modernes, leistungsfähiges Bildungssystem ist mit einer derartig korrupten Personalpolitik nicht zu vereinbaren.“

„Der gravierendste Mangel der vorgeschlagenen Bildungsreform besteht darin, dass die totale Verpolitisierung der operativen Ebene nicht beseitigt, sondern sogar noch verstärkt wird.“

gen Machtstrukturen beeinträchtigen könnte. Der gravierendste Mangel der vorgeschlagenen Bildungsreform besteht darin, dass die totale Verpolitisierung der operativen Ebene nicht beseitigt, sondern sogar noch verstärkt wird. Damit ist weiterhin der unmittelbare Zugriff der politischen Parteien auf die Schule sichergestellt.

Beginnt man bei der Ernennung der Schulleiter im Bereich der höheren Schulen, so ist die Situation derzeit so, dass die Landesschulräte Dreivorschläge erstatten, das Bundesministerium einen vorgeschlagenen Bewerber auswählt und dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorschlägt. In der Realität funktioniert dieses System nach dem ehernen Grundsatz „Eine rote Schule bleibt rot, eine schwarze Schule bleibt schwarz“. Das Bundesministerium, das als oberste Dienstbehörde für eine gesetzmäßige und korrekte Schulleiterbestellung zu sorgen hätte, erweist sich in der Praxis als willfähriger Büttel der Landesschulräte.

BRUTAL DURCHGEBOT

Mit welcher Brutalität der genannte Grundsatz durchgesetzt wird, kann man an zwei Beispielen der letzten Jahre deutlich sehen. Einem Bericht der Stadtzeitung „Falter“ vom Frühjahr dieses Jahres ist zu entnehmen, dass die Bundesministerin für die Bestellung eines Schulleiters in der Steiermark dem Bundespräsidenten eine Frau vorgeschlagen hat, die zwar keiner Partei nahesteht, aber von der Bundesgleichbehandlungskommission als am besten qualifiziert beurteilt wurde. Angeblich auf Druck des Bundespräsidenten zog die Bildungsministerin ihren Vorschlag in der Folge zurück und schlug dem Bundespräsidenten einen schwarzen Personalvertreter vor. Dieses Beispiel zeigt nicht nur, dass der

Grundsatz „schwarz bleibt schwarz“ oder „rot bleibt rot“ Vorrang vor allen anderen Erwägungen hat. Dass die Unterrichtsministerin, die zugleich auch Frauenministerin ist, die Glaubwürdigkeit ihrer Frauenpolitik arg beschädigt hat, soll auch gesehen werden. Die sonst so kritischen SPÖ-Frauen blieben peinlicherweise stumm; vielleicht deshalb, weil es sich um keine „Unsrige“ gehandelt hat? An Unappetitlichkeit nicht zu übertreffen ist eine Schulleiterbestellung in Niederösterreich: Bei der Besetzung haben Landesschulrat und Ministerium mit aller Gewalt versucht, einen Schwarzen zum Direktor zu ernennen. Weil sich eine – politisch missliebige – Frau dagegen gewehrt und um ihr Recht gekämpft hat, musste das Bundesministerium mehrere Höchstgerichtsentscheidungen unterlaufen und Gutachten der Gleichbehandlungskommission ignorieren. Nach einem beinahe neun Jahre dauernden Rechtsstreit musste die oberste Dienstbehörde klein begeben und letztlich doch die unerwünschte Frau dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorschlagen.

Die geschilderten Fälle sind tatsächlich nur einzelne Beispiele. Ein modernes, leistungsfähiges Bildungssystem ist mit einer derartig korrupten Personalpolitik nicht zu vereinbaren. Das vorliegende Reformvorhaben ändert an diesem Zustand nichts, sondern sichert den parteipolitischen Einfluss auch für die Zukunft ab. Die neu vorgesehenen Bildungsdirektionen, die an die Stelle der Landesschulräte treten sollen, sollen zwar Bundesbehörden sein, werden aber vom Landeshauptmann geleitet. Er allein wird bestimmen, was dort passiert. Dass das Bundesministerium plötzlich zu einer rechtsstaatlichen Behörde mutiert, ist nicht zu erwarten. Dementsprechend bleiben die Vorschläge zur

„Die Reformpläne bestätigen den verstorbenen ÖVP-Politiker Bernd Schilcher: Er hat gemeint, dass sich Politiker weder für die Schule noch für Schüler interessieren, es gehe ihnen nur darum, möglichst viele Posten mit eigenen Leuten zu besetzen.“

DER FORBES-WEISENRAT

Heinz Mayer ist nach Bildungspsychologin **Christiane Spiel**, Beraterin **Gundi Wentner**, dem Ökonomen **Helmut Kramer**, der US-Botschafterin **Alexa Wesner**, dem Industriellen **Norbert Zimmermann**, dem Genetiker **Markus Hengstschläger**, der Schauspielerin **Mercedes Echerer** und dem Berater **Ayad Al-Ani** bereits das neunte Mitglied unseres erlesenen FORBES-Weisenrates. FORBES-Leser dürfen gespannt sein, welche interessanten Persönlichkeiten – alles Menschen mit einem freien und klugen Kopf – noch zum Weisenrat dazustoßen werden.

Schulautonomie auch weit hinter den Vorschlägen der Expertengruppe zurück. Dass z. B. der Schulleiter gegen die Bestellung eines Lehrers nur ein Vetorecht hat, ist völlig unzureichend. Soll der Schulleiter für den Erfolg seiner Schule verantwortlich sein, muss er sich von ungeeigneten Lehrern auch trennen können, und zwar auch gegen den Willen der Personalvertretung und der ihr nahestehenden Politfunktionäre. Im OECD-Vergleich werden 46 Prozent aller schulrelevanten Entscheidungen auf Schulebene getroffen, in Österreich wird der Prozentsatz nur knapp über 30 Prozent liegen. Wenn sich die Parteipolitik so tief in den operativen Schulbereich einmengt, wie dies derzeit der Fall und auch für die Zukunft geplant ist, bleibt für eine echte Schulautonomie kein Raum.

Dass man wider besseres Wissen im Ergebnis an der frühen Selektierung der Schüler mit zehn Jahren festhält, passt ins Bild; ebenso, dass man dies nicht deutlich so sagt, sondern in unehrlicher Weise umschreibt. Hier haben sich konservative Ideologen durchgesetzt und dafür gesorgt, dass in Österreich Bildung weiterhin vererblich sein wird. Zusammenfassend ist festzustellen, dass unser politisches System nicht in der Lage ist, ein modernes Bildungssystem zu schaffen. Solange ÖVP und SPÖ die Schule als ihre parteipolitische Spielwiese betrachten, wird sich das auch nicht ändern. Betrübblich ist, dass die vorgelegten Reformpläne den vor wenigen Monaten verstorbenen Universitätsprofessor, ÖVP-Politiker und Landesschulratspräsidenten Bernd Schilcher bestätigen. Er hat vor einigen Jahren resignierend gemeint, dass sich österreichische Politiker weder für die Schule noch für die Schüler interessieren, sondern dass es ihnen ausschließlich darum gehe, möglichst viele Posten mit den eigenen Leuten zu besetzen. Wenn die Bundesregierung

Schilcher mit ihren Reformvorstellungen so klar bestätigt, stellt sie sich ein Armutszeugnis aus.

GROB FAHRLÄSSIG

Der mangelnde Reformwille der Politik ist grob fahrlässig. Seit Jahren wird von den verschiedensten Institutionen und Bildungsexperten eine Reform unseres Bildungssystems, das teuer und wenig effizient ist, als dringend notwendig erachtet. Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und ÖGB haben sich in den letzten Jahren massiv für eine Reform eingesetzt; auch ein Bildungsvolksbegehren hat stattgefunden. Wenn man bedenkt, dass jährlich bis zu 10.000 Jugendliche aus dem Bildungssystem fallen, weil sie weder die Grundrechnungsarten ausreichend beherrschen noch sinnerfassend lesen können, sollte man davon ausgehen können, dass Politiker, die sich ihrer Verantwortung für dieses Land bewusst sind, handeln. Wir wissen auch, dass Bildung vererblich ist: Von den Studierenden an Österreichs Hochschulen sind nur etwa 2,8 Prozent Kinder aus einem Elternhaus, in dem beide Eltern keine Reifeprüfung haben. Kinder aus Akademikerhaushalten überwiegen hingegen bei Weitem unter Österreichs Studierenden. Unser Bildungssystem ist drauf und dran, junge Menschen, die aus sozial benachteiligten Schichten stammen, an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Deren Berufsaussichten sind dramatisch schlecht, sie werden ihr späteres Leben durch Inanspruchnahme von Sozialleistungen bewältigen müssen. Dieses System fällt allen auf den Kopf – auch den gut Ausgebildeten, die in Zukunft ein höheres Einkommen haben werden, denn sie werden diese Sozialleistungen finanzieren und einen erheblichen Wohlstandsverlust tragen müssen. Ein Bildungssystem, das dazu führt, ist nicht nur borniert, sondern auch ökonomisch dumm. 19